

## **Öffentliche Bekanntmachung**

### **Bebauungsplan Weeze - Laarbruch Nr. VII 2. vereinfachte Änderung gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) Satzungsbeschluss**

Der Rat der Gemeinde Weeze hat sich in seiner Sitzung am 10.07.2018 mit der 2. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes Weeze - Laarbruch Nr. VII einverstanden erklärt und beschlossen, den Bebauungsplan Weeze - Laarbruch Nr. VII im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) zu ändern (2. vereinfachte Änderung).

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Weeze-Laarbruch Nr. VII umfasst das gesamte Plangebiet des Bebauungsplanes mit einer Fläche von ca. 33 ha. Der Geltungsbereich umfasst Teile des Flurstückes 11 in der Flur 17 der Gemarkung Weeze. Der Bebauungsplan (Änderungsbereich) setzt die Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches entsprechend der Planzeichnung eindeutig fest und ist dem beigefügten Planausschnitt zu entnehmen.

Durch die 2. vereinfachte Änderung werden die planungsrechtlichen Voraussetzungen für verschiedene Bau- und Umnutzungsvorhaben von Gebäuden, deren Weiternutzung nach dem Ende des militärischen Flugbetriebes nicht abzusehen war und die sich innerhalb der festgesetzten Parkplatzflächen befinden, geschaffen. Daneben soll der im Zusammenhang mit den genannten neuen Zuschnitten der Sondergebietsflächen erforderliche leichte Schwenk der Verkehrsfläche planungsrechtlich gesichert werden.

Die Öffentlichkeit sowie die berührten Träger öffentlicher Belange (Behörden) haben im Beteiligungsverfahren keine Anregungen bzw. Bedenken vorgebracht, die zu einer erneuten Offenlage hätten führen müssen.

Somit hat der Rat der Gemeinde in seiner Sitzung am 10.07.2018 die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Weeze - Laarbruch Nr. VII, bestehend aus der Planzeichnung und dem Text, gemäß § 10 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NRW als Satzung sowie die dazugehörige Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB als Entscheidungs begründung beschlossen.

Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Weeze - Laarbruch Nr. VII liegt mit der dazugehörigen Begründung ab sofort im Fachbereich 2 der Gemeinde Weeze, Rathaus, Zimmer 25, Cyriakusplatz 13/14, 47652 Weeze, während der Dienstzeiten (montags - freitags von 8.00 - 12.00 Uhr, montags - mittwochs von 14.00 - 16.00 Uhr sowie donnerstags von 14.00 - 18.00 Uhr) zur Einsichtnahme öffentlich aus. Über den Inhalt des Plans und dessen Begründung wird auf Verlangen Auskunft gegeben. Die vorgenannten Unterlagen werden zusätzlich im Internet unter [www.weeze.de](http://www.weeze.de), Rubrik: Bürger/Bekanntmachungen eingestellt.

### **Bekanntmachungsanordnung**

Der Satzungsbeschluss des Rates der Gemeinde Weeze, Ort und Zeit der Auslegung sowie die nachstehenden Hinweise werden hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB öffentlich bekannt gemacht.

Hinweise:

1. Gemäß § 44 Abs. 5 BauGB wird darauf hingewiesen, dass der jeweilige Entschädigungsberechtigte eine Entschädigung wegen des Bebauungsplans gemäß § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB verlangen kann, wenn die in den §§ 39 – 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind. Die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche kann der Berechtigte dadurch herbeiführen, dass er die Leistung der Entschädigung schriftlich bei dem Entschädigungspflichtigen beantragt. Ein Entschädigungsanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von 3 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruchs herbeigeführt wird.
2. Gemäß § 215 Abs. 2 BauGB wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 und 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und dass nach § 214 Abs. 3 Satz 2 beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb von zwei Jahren seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.
3. Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beim Zustandekommen dieser Satzung kann nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,
  - a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
  - b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
  - c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandetoder
  - d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Die 2. vereinfachte Änderung des Bebauungsplans Weeze - Laarbruch Nr. VII tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Weeze, 05.11.2019

Gemeinde Weeze

Ulrich Francken

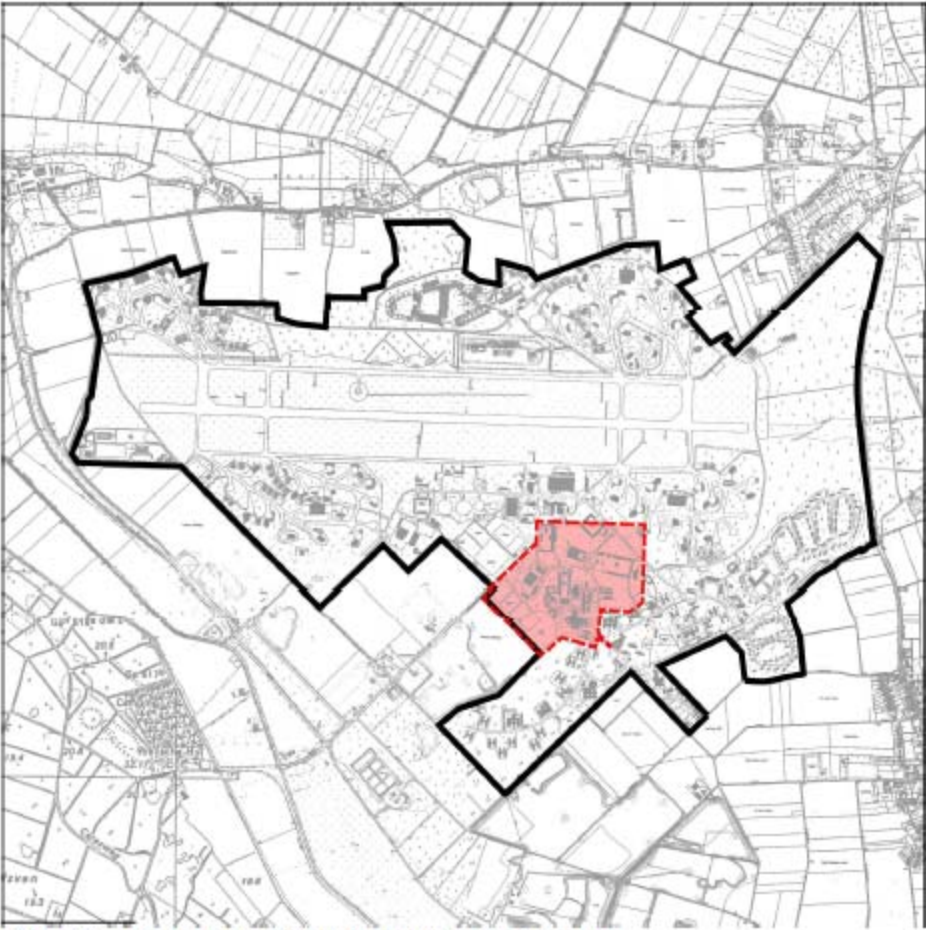


Abbildung: Lage des Plangebiets (rot) auf dem Flughafengelände